

## Fragen

für die Fragestunde der 200. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 24. Oktober 2012

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Bollmann, Gerd (SPD)	5, 6	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	14, 15
Bülow, Marco (SPD)	18	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	50, 51
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	37, 38	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	1, 2
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	12, 13
Hagemann, Klaus (SPD)	21, 22	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	34, 35
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Herzog, Gustav (SPD)	55, 56	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Pronold, Florian (SPD)	62, 63
Höger, Inge (DIE LINKE.)	36	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 49
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 54	Schwabe, Frank (SPD)	10, 11
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	47, 48	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 57
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65	Vogt, Ute (SPD)	16, 17
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	32, 33	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	39, 40	Wolff, Waltraud (Wolmirstedt) (SPD)	23, 24
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter  
**Ralph  
Lenkert**  
(DIE LINKE.)  
Warum wird der Beschluss des Deutschen Bundestages auf Bundestagsdrucksache 14/7840 zu Abschnitt IV achter Absatz „nationaler Entsorgungsplan der Bundesregierung“ nicht umgesetzt?
  
2. Abgeordneter  
**Ralph  
Lenkert**  
(DIE LINKE.)  
Wann ist in der 17. Legislaturperiode mit der Vorlage des nationalen Entsorgungsplans zu rechnen?
  
3. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wann genau (Datum bitte) fanden laut den heute noch vorhandenen – insbesondere digitalen – Informationen im Kalendersystem, in den Wochenplänen etc. der Abteilung RS im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Jahr 2010 Telefonkonferenzen auf Abteilungsleiterbene zwischen dem BMU-Abteilungsleiter RS und den zuständigen Abteilungsleitern der Atomaufsichtsbehörden der damals noch fünf Bundesländer mit in Leistungsbetrieb befindlichen Atomkraftwerken zu Sicherheits-, Nachrüstfragen, Laufzeiten oder Ähnlichem statt, und welche Kalenderdaten derartiger Telefonkonferenzen im Jahr 2010 lassen sich aufgrund anderer noch vorhandener digitaler Informationen in der Abteilung RS, wie beispielsweise Einladungsschreiben, E-Mail-Verkehr etc., eruieren?
  
4. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Sieht die Bundesregierung die Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG) aufgrund der nicht dokumentierten Vorgespräche des für Gorleben zuständigen Referatsleiters und BMU-Abteilungsleiters RS mit dem späteren VSG-Unterauftragsnehmer Dr. Bruno Thomaske im ersten Halbjahr 2010 mit einem Glaubwürdigkeitsproblem behaftet (bitte mit Begründung), und hat das BMU vor dem Hintergrund der o. g. nicht dokumentierten Vorgespräche jemals die vergaberechtliche Korrektheit der Unterauftragsvergabe an Dr. Bruno Thomaske geprüft (ggf. bitte mit Begründung oder Ergebnis)?

- 
5. Abgeordneter  
**Gerd Bollmann**  
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung auf die in der „Bekanntmachung der Erhebung der Bundesregierung bezüglich des Anteils der in Mehrweggetränkeverpackungen sowie ökologisch vorteilhaften Einweggetränkeverpackungen abgefüllten Getränke in den Jahren 2004 bis 2010 gemäß § 1 Absatz 2 der Verpackungsverordnung“ (Az.: WA II 6 – 30114-5/1, Kabinettsache: Datenblatt-Nr.: 17/16089) veröffentlichte Erhebung, nach der die Mehrwegquote für Getränkeverpackungen erneut gesunken ist, reagieren?
6. Abgeordneter  
**Gerd Bollmann**  
(SPD)
- Wie soll eine mögliche Verordnung über Hinweispflichten des Handels aussehen?
7. Abgeordneter  
**Dr. Hermann E. Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie agiert die Bundesregierung aktuell in Brüssel hinsichtlich einer notwendigen Stärkung/Reform des Emissionshandels, und welche Initiativen hat sie diesbezüglich ergriffen?
8. Abgeordneter  
**Dr. Hermann E. Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung in Sachen Erhöhung des europäischen Klimaziels auf 30 Prozent aktiv, und wenn ja, wie, und inwieweit betrachtet die Bundesregierung dies als zentral für eine klimapolitische Vorreiterrolle der EU?
9. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Position nimmt die Bundesregierung zum Vorschlag der Europäischen Kommission ein, zur Entlastung des europäischen CO<sub>2</sub>-Marktes die Versteigerung von Emissionszertifikaten nach hinten zu verschieben (so genanntes back loading)?
10. Abgeordneter  
**Frank Schwabe**  
(SPD)
- Wie hoch sind die Mitnahmeeffekte (windfall profits) der Energieversorgungsunternehmen seit dem Beginn des Emissionshandels in Deutschland, und um welchen Betrag könnte der Preis pro Kilowattstunde Strom in den vergangenen Jahren und aktuell im Jahr 2012 niedriger sein, falls diese kostenlos erhaltenen CO<sub>2</sub>-Zertifikate nicht dem Stromkunden in Rechnung gestellt worden wären?

- 
11. Abgeordneter  
**Frank Schwabe**  
(SPD)      Wie bewertet der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, die Umsetzung seines am 16. August 2012 vorgelegten Zehnpunkteplans bis zum heutigen Tag?
12. Abgeordneter  
**Dr. Matthias Miersch**  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung die Umgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) weg von festen Einspeisevergütungen hin zu einem Quotenmodell, wie es im Verfahrensvorschlag des Bundesministers Peter Altmaier zur Neuregelung des EEG als Prüfauftrag formuliert wurde, im Hinblick auf die weiteren Prinzipien einer Reform des EEG, insbesondere Technologieoffenheit und Planungssicherheit?
13. Abgeordneter  
**Dr. Matthias Miersch**  
(SPD)      Welche Zahlen (absolut und prozentual) liegen der Bundesregierung zu den einzelnen Bestandteilen der EEG-Umlage 2013 vor, und zu welchem Anteil tragen die Komponenten reine Förderkosten, Rückgang der Börsenstrompreise, besondere Ausgleichsregelung und industrieller Eigenverbrauch, Nachholeffekt 2012, Direktvermarktung und Liquiditätspuffer zum Anstieg der Umlage von 2012 auf 2013 bei?
14. Abgeordnete  
**Dr. Bärbel Kofler**  
(SPD)      Weshalb ist der Deutsche Bundestag weder institutionell noch personell an der Plattform Erneuerbare Energien beteiligt, und weshalb erhält er keine Protokolle und Berichte aus den Arbeitsgruppen der Plattform?
15. Abgeordnete  
**Dr. Bärbel Kofler**  
(SPD)      Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die von vielen Akteuren aus der konventionellen Energiewirtschaft und von Teilen der Bundesregierung geforderte beschleunigte Direktvermarktung und Marktintegration von Strom aus erneuerbaren Energien nicht notwendigerweise zu einer Systemintegration dieses Stromes führen und damit unnötige Kosten für die Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher generieren, weil die Systemintegration durch zusätzliche Anreize erreicht werden muss, und wenn nicht, wie begründet sie das?
16. Abgeordnete  
**Ute Vogt**  
(SPD)      Wie kann aus Sicht der Bundesregierung Strom aus erneuerbaren Energien zeitnah und mit den geringsten finanziellen Belastungen für die Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher technisch in das

Stromversorgungssystem integriert werden, wo sie im Hinblick auf eine angestrebte Vollversorgung mit Grünstrom u. a. spezifische Netzdienstleistungen erbringen und gesicherte Leistung bereitstellen und damit die technische Grundlage für einen zukünftigen Strommarkt legen, und welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung dazu?

17. Abgeordnete  
**Ute Vogt**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wahrung des in § 40 EEG festgelegten Grundsatzes, wonach weder die „Ziele des Gesetzes“ gefährdet noch die „Interessen der Gesamtheit der Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher“ verletzt werden dürfen, im Hinblick auf die real zu erwartenden Begünstigungen für Unternehmen nach den §§ 41 und 42 EEG und die daraus resultierende Erhöhung der EEG-Umlage 2013 um mindestens 0,33 Cent/kWh auf nunmehr 1,29 Cent/kWh (BEE-Hintergrundpapier zur EEG-Umlage aus September 2012)?
18. Abgeordneter  
**Marco Bülow**  
(SPD)
- Was versteht die Bundesregierung unter der im Verfahrensvorschlag zur Neuregelung des EEG formulierten Forderung nach einer „grundlegenden Reform des EEG, die über die bisherigen Korrekturen und Anpassungen hinausgeht“, und wann ist mit einer solchen frühestens zu rechnen?
19. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist das Ausbauziel, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 40 Prozent zu steigern, welches Bundesumweltminister Peter Altmaier in seinem Verfahrensvorschlag genannt hat, ein Mindestziel oder ein Maximalziel?
20. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Begriff „Ausbaukorridor“, den die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 9 (vgl. Plenarprotokoll 17/197) für erneuerbare Energien für 2020 verwendet, so zu verstehen, dass es sich dabei um einen Richtwert handelt, den die Bundesregierung für sinnvoll hält, oder sieht die Bundesregierung hierin feste Maximalwerte, deren Überschreiten die Bundesregierung verhindern will?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

21. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD)
- Welche forschungspolitischen Zielsetzungen sollen mit der „Helmholtz-Alberta Initiative“ ([www.helmholtzalberta.ca](http://www.helmholtzalberta.ca)) – unter Angabe der Laufzeit, des rechtlichen Rahmens, der Projektschwerpunkte, der Zahl der beteiligten Forscher, der Höhe der bisher dafür verausgabten Mittel, der im laufenden Jahr aus Bundes- und institutionellen Mitteln der Helmholtz-Gemeinschaft dafür vorgesehenen Gelder, der weiteren Finanzplanung, der ggf. bislang bereits erzielten Zwischenergebnisse sowie des der Kooperation zu Grunde liegenden Auswahlprozesses – erreicht werden, und inwieweit wurde der Deutsche Bundestag bzw. wurden seine Ausschüsse bislang über diese Initiative unterrichtet?
22. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD)
- Inwieweit sind Mitteilungen der Bundesagentur für Arbeit (dapd vom 17. Oktober 2012) – unter Angabe der genauen Anzahl der positiv beantworteten Anträge, der Anzahl der Anträge mit Auflagen wie beispielsweise Nachqualifikation, sowie der abgelehnten Anträge – zutreffend, wonach bislang weniger als 100 Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse nach dem neuen Anerkennungs-gesetz abgeschlossen sind, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung – insbesondere im Hinblick auf die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, geweckten Erwartungen („Schavan verspricht Fachkräftewunder“, SPIEGEL ONLINE vom 18. Oktober 2012) – daraus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft  
und Technologie**

23. Abgeordnete  
**Waltraud Wolff**  
(Wolmirstedt)  
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung die Empfehlungen des Gutachtens des Umweltbundesamtes „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten“ vom August 2012, Erdgas-Fracking in Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebieten zu verbieten und eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzuschreiben, umsetzen, und wird dies auch für bereits bestehende Projekte wie z. B. die Erlaubnis für die Aufsuchung von Erdgas „Harz-Börde“ gelten?

24. Abgeordnete  
**Waltraud  
Wolff  
(Wolmirstedt)  
(SPD)**
- Wie wird die Bundesregierung die Empfehlung des Umweltbundesamtes, Fracking derzeit nicht großflächig zur Erschließung unkonventioneller Erdgasvorkommen in Deutschland einzusetzen, umsetzen, und werden diese Empfehlungen auch auf bereits bestehende Projekte wie z. B. die Erlaubnis für die Aufsuchung von Erdgas „Harz-Börde“ mit einer Fläche von rd. 3 400 km<sup>2</sup>, die sich über die Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Börde, Harz, Salzland und Magdeburg erstreckt, angewandt?
25. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Experten (u. a. Öko-Institut e. V., LBD-Beratungsgesellschaft mbH RAUE LLP), dass ein fokussierter Kapazitätsmarkt für die Verbraucher günstiger wäre als das derzeit geplante Kraftwerksstilllegungsverbot der Bundesregierung, welches am 17. Oktober 2012 im Bundeskabinett verabschiedet wurde, und falls nein, warum nicht (bitte unter Angabe der Berechnungsgrundlage in diesem Fall)?
26. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Wann ist nach derzeitigem Stand mit einem Beschluss und einem Inkrafttreten der Lastabschaltverordnung zu rechnen, und welche weiteren Maßnahmen zur Erschließung der Potentiale von Lastverschiebungen beim Stromverbrauch plant die Bundesregierung?
27. Abgeordneter  
**Manuel  
Sarrazin  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Welche genauen Maßnahmen beabsichtigt oder vollzieht die Bundesregierung zur Umsetzung der interfraktionellen Vereinbarung, dass „noch nicht abgerufene Mittel aus den Strukturfonds der laufenden Finanzperiode [...] rasch und gezielt für wachstums- und beschäftigungsfördernde Investitionen zu verwenden“ sind, und wie viel Prozent bzw. wie viele Mrd. Euro (bitte je Mitgliedstaat) des laufenden Mehrjährigen Finanzrahmens soll dies betreffen?
28. Abgeordnete  
**Priska  
Hinz  
(Herborn)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Entspricht die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, in den aktuellen Haushaltsberatungen geäußerte Ansicht, mittelständische Unternehmen ließen sich weniger anhand von Kennzahlen definieren, der Haltung der Bundesregierung, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für ihre Politik?



29. Abgeordnete  
**Priska  
Hinz  
(Herborn)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Falls die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, in den aktuellen Haushaltsberatungen geäußerte Ansicht, mittelständische Unternehmen ließen sich weniger anhand von Kennzahlen definieren, nicht der Haltung der Bundesregierung entspricht, anhand welcher Kennzahlen definiert die Bundesregierung mittelständische Unternehmen, und an welcher Stelle ihrer Politik (Qualifikation für Förderprogramme, diverse Rechte, Leistungen und Pflichten etc.; bitte nach Ressortzuständigkeit auflisten) weicht die Bundesregierung von dieser Definition ab?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

30. Abgeordneter  
**Tom  
Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Ziele versucht die Bundesregierung durchzusetzen, wenn sie – wie im Aktionsplan des im Juni 2012 im Rat beschlossenen Strategischen Rahmens für Demokratie und Menschenrechte festgelegt – gemeinsam mit ihren EU-Partnern Kriterien für die Anwendung der Menschenrechtsklausel in Verträgen der EU mit Drittstaaten erarbeitet, und welches Bundesministerium ist in diesem Prozess federführend?
31. Abgeordneter  
**Tom  
Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die während der offenen Debatte „Peace and Justice with a Special Focus on the Role of the International Criminal Court“ am 17. Oktober 2012 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geäußerte Auffassung, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Sicherheitsrat und dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) – über die Überweisung von spezifischen Fällen an den IStGH durch den Sicherheitsrat hinaus – gestärkt werden sollte, und welche konkreten Vorschläge hat die Bundesregierung diesbezüglich?
32. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von Einzelheiten, Ablauf und Beteiligten zur Beendigung einer friedlichen Protestaktion am 15. Oktober 2012 in der nigerianischen Botschaft in Berlin, für die nach Kenntnis des Fragestellers vom nigerianischen Botschafter beim Auswärtigen Amt polizeiliche Amtshilfe zur Räumung der Demonstranten beantragt wurde, und inwieweit wird die Bundesregierung hierzu dem Fragesteller mündlich zugetragenen Berichten über brutale Übergriffe durch Sicher-

heitspersonal in der Botschaft (unter anderem mit einem Baseballschläger) sowie mehrfachen rassistischen Beleidigungen, Schlägen und von Gruppen von Polizisten ausgeübten Misshandlungen im Berliner Polizeigewahrsam (Gefangensammelstelle Tempelhofer Damm) nachgehen und sich so für eine Aufklärung der im Zusammenhang mit ihrer diplomatischen Aktivität vorgefallenen unverhältnismäßigen Gewalt einsetzen?

33. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Über welche mittlerweile erweiterten Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung zur finanziellen Unterstützung des Neubaus bzw. der Sanierung von griechischen Abschiebegefängnissen oder anderen Aufnahmeeinrichtungen (auch für die temporäre Unterbringung syrischer Flüchtlinge) durch die Europäische Union, wozu sie im April 2012 in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 17/9307 bzw. meine Mündliche Frage 63 (vgl. Plenarprotokoll 17/177) noch weitgehende Unkenntnis vortrug, und Mittel aus welchen Fonds oder sonstigen Unterstützungsleistungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten wurden bzw. werden ab 2011 für Renovierungen, Umstrukturierungen und Neubauten der Anstalten oder den damit verbundenen Aufbau neuer Polizeieinheiten und Polizeistationen im gesamten Land bereitgestellt oder genutzt?
34. Abgeordneter  
**Niema Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Vereinbarungen haben Deutschland und Frankreich hinsichtlich eines Militäreinsatzes in Mali getroffen, und inwiefern soll sich die Bundeswehr daran beteiligen?
35. Abgeordneter  
**Niema Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Wer vertritt die Europäische Union bei dem Strategietreffen in Bamako zur Lösung der Krise in Mali am 19. Oktober 2012, und welche Ergebnisse wurden auf dem Treffen erzielt?
36. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Angaben kann die Bundesregierung zur Beteiligung Deutschlands am bislang größten amerikanisch-israelischen Manöver „Austere Challenge“ (Ernste Herausforderung) machen, das unter anderem die Abwehr von Granaten- und Raketenangriffen auf Israel trainieren soll (bitte insbesondere hinsichtlich eingebundener Kräfte, Ausrüstung und Finanzen darstellen), und wie beurteilt die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit hinsichtlich eines laut zahlreichen Medienberichten bevor-

stehenden Angriffs Israels auf den Iran und der damit verbundenen mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligung Deutschlands an etwaigen Kriegsvorbereitungen innerhalb des Manövers „Austere Challenge“ oder vergleichbarer militärischer Handlungen?

37. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von von angeblichen Anhängern des ehemaligen ivorischen Präsidenten Laurent Gbagbo aus dem ghanaischen Exil organisierten Versuche, die Situation in der Côte d’Ivoire zu destabilisieren, und über mutmaßliche Verbindungen dieser Gruppierungen nach Mali, wo die Europäische Union gegenwärtig einen Einsatz zur Unterstützung einer gemeinsamen Intervention der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten ECOWAS vorbereitet?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

38. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Rechtsänderungen sind nach Ansicht der Bundesregierung infolge des „Rahman“-Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 5. September 2012 (C-83/11) erforderlich, insbesondere weil demnach die betreffende Personengruppe „in gewisser Weise bevorzugt“ gegenüber Drittstaatsangehörigen behandelt werden und die Umsetzung der Richtlinie praktisch wirksam sein müsse (vgl. z. B. Rn. 21 und 24 des Urteils), angesichts des derzeitigen Verweises auf § 36 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes und der nach Kenntnis der Fragestellerin nur sehr wenigen entsprechend erteilten Aufenthaltserlaubnisse, und warum wurde das Urteil nicht im aktuellen Freizügigkeitsänderungsgesetz umgesetzt, obwohl die Bundesregierung im diesbezüglich laufenden Vertragsverletzungsverfahren angekündigt hatte, das genannte Urteil des EuGH abwarten und umsetzen zu wollen (bitte ausführlich begründen)?
39. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Über welche Maßnahmen der von deutschen Polizistinnen und Polizisten durchgeführten internationalen Polizeikooperationen haben das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei oder das Bundesministerium des Innern im Jahr 2012 Abschluss- bzw. Eva-

luierungsberichte erstellt bzw. vorgelegt bekommen, und was sind die wesentlichen Aussagen dieser Berichte?

40. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung Informationen der Fragestellerin bestätigen, dass deutsche Polizisten derzeit im Emirat Katar tätig sind, und wenn ja, welche Angaben kann sie zu den Umständen dieses Einsatzes machen?
41. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung weitere dramatische Zustände in Einrichtungen zur Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern bekannt, wie sie derzeit aus der Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf berichtet werden (vgl. [www.br.de](http://www.br.de)), und inwieweit kann sich die Bundesregierung vorstellen, geeignete und derzeit leer stehende Immobilien im Bundesbesitz (ehemalige oder teils geräumte Bundeswehrkasernen, z. B. in Roth oder Düsseldorf, vgl. <http://nachrichten.rp-online.de>) zur Linderung der akuten Raumnot zur Verfügung zu stellen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

42. Abgeordnete  
**Beate  
Walter-  
Rosenheimer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung verhindern, dass durch den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr zukünftig Auftraggeber die im Gesetz genannten Zahlungsfristen von mehr als 60 bzw. 30 Tagen in ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen übernehmen und dadurch Auftragnehmer deutlich länger als unter der bisherigen Gesetzeslage auf ihr Geld warten müssten?
43. Abgeordnete  
**Beate  
Walter-  
Rosenheimer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung verhindern, dass durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Abnahmefrist (30 Tage nach Empfang der Gegenleistung) Auftragnehmer in die Lage geraten könnten, auch nach Fertigstellung des Werkes bis zu 30 Tage warten zu müssen und sich somit unter Berücksichtigung von Abnahme- und Zahlungsfristen für die Auftragnehmer Zahlungsziele von mindestens 90 Tagen sowohl bei Abschlags- als auch bei Schlusszahlungen ergeben würden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

44. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchen Haushaltstiteln, etwa den Einzelplänen 05, 06 und 14, sind nach den Planungen der Bundesregierung im Jahr 2013 jeweils in welcher Höhe militärische und/oder polizeiliche Aus- bzw. Fortbildungshilfen oder Ausstattungshilfen – bitte jeweils einschließlich etwaiger „Sonderfonds“ und ähnlich zusammenfassender Umschreibungen vollständig aufschlüsseln – vorgesehen?
45. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit setzen die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und die DBU Naturerbe GmbH bei Kalkulationen und Angeboten für die Ausführung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen nach den §§ 15 bis 17 des Bundesnaturschutzgesetzes Flächen- und Verwaltungskosten an, und wie sollten sie diese ggf. zukünftig bei Angeboten berücksichtigen, um eine Subventionierung von Vorhabensträgern und eine Marktverzerrung gegenüber anderen Anbietern zu vermeiden?
46. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie gewährleisten die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und die DBU Naturerbe GmbH bei Angeboten für die Ausführung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen, die im Hinblick auf zu erwartende Eingriffe durchgeführt werden sollen, dass diese Maßnahmen entsprechend § 16 Absatz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes ohne rechtliche Verpflichtung durchgeführt werden und gemäß Nummer 3 keine öffentlichen Fördermittel in Anspruch genommen werden?
47. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung aufgrund einer Meldung an das Bundeszentralamt für Steuern Kenntnis von der Offerte einer Steuer-Daten-CD an das Bundesland Rheinland-Pfalz, und sieht die Bundesregierung weiterhin keine Notwendigkeit, derartige Ankäufe zu befürworten?
48. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche datenschutzrechtlichen Bedenken ergeben sich bei einer Ausweitung der Meldung von Informationen an die jeweiligen Finanzbehörden (Ausweitung auf die Tatsache des Abrufs eines Sperrvermerks) im Falle eines gesetzten Sperrvermerks bei der Erhebung der Kirchensteuer gemäß dem Vorschlag der Länder auf Bundestagsdrucksache 17/

- 10604 Nummer 28, und welche Institutionen könnten dann zukünftig beim Bundeszentralamt für Steuern zum Zweck der Kirchensteuererhebung entsprechende Daten abrufen?
49. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Rolle würde nach Ansicht der Bundesregierung beziehungsweise des Bundesministers der Finanzen das Europäische Parlament bei der vorgeschlagenen Aufwertung des EU-Währungskommissars im Rahmen der Prüfung nationaler Haushaltspläne spielen?
50. Abgeordneter  
**Manfred Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Entspricht es nach Kenntnis der Bundesregierung den Tatsachen, dass der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, neben seinen Bezügen als EZB-Präsident noch eine jährliche Rente von knapp 200 000 Euro aus Italien bezieht, da sein früheres Gehalt als italienischer Zentralbankpräsident fast das Doppelte seines jetzigen Gehaltes als EZB-Präsident betragen haben soll?
51. Abgeordneter  
**Manfred Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung – wenn zutreffend – diese zusätzliche Rente für vertretbar gegenüber den europäischen Steuerzahlern?
52. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Prozent des Eurozonen-Bruttoinlandsprodukts soll der von der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, am 18. Oktober 2012 im Plenum des Deutschen Bundestages beschriebene Solidaritätsfonds ausmachen, und welcher prozentuale Anteil der gegenwärtigen konjunkturellen Schocks soll der Fonds mindern können?
53. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche fiskalischen Multiplikatoren sind genau Grundlage der Konjunkturprognosen der aktuellen Programme (bitte als Zahl je Land, das Hilfen erhält), deren Einhaltung von der Bundesregierung unverändert eingefordert wird, und von welchen Werten geht die Bundesregierung unter Einbeziehung aller ihr vorliegenden Informationen (wie z. B. dem „World Economic Outlook, October 2012“ des Internationalen Währungsfonds) heute aus (bitte als Zahl je Land, das Hilfen erhält)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

54. Abgeordnete  
**Bärbel  
Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Gründen die amerikanische U. S. Food and Drug Administration die Zulassung bestimmter Fluorchinolon-Präparate für die Geflügelbehandlung zurückgenommen hat, und wie unterscheidet sich die deutsche Risikobewertung, nach der weiterhin Gaben über das Tränkwasser vorgenommen werden dürfen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

55. Abgeordneter  
**Gustav  
Herzog**  
(SPD)
- In wie vielen Fällen wurden in den Jahren 2005 bis 2012 jeweils Ausnahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung laut § 3 Absatz 2 UVPG (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) beantragt, und in wie vielen der jeweils bewilligten Fälle wurde das Einvernehmen mit dem BMU hergestellt?
56. Abgeordneter  
**Gustav  
Herzog**  
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Erteilung einer Ausnahme nach § 3 Absatz 2 UVPG ohne Grundlage einer Rechtsverordnung durch das Bundesministerium der Verteidigung und ohne zuvor ein Einvernehmen mit dem BMU hergestellt zu haben, und wie hält die Bundesregierung einen solchen Vorgang mit der geltenden Rechtslage für vereinbar?
57. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, dass das Bundeswehr-Kommando Spezialkräfte (KSK) bei Abrichtung seiner Diensthunde an deren Halsbändern quälende Teletakt-Elektroreizgeräte einsetzt, obwohl § 3 Nummer 11 des Tierschutzgesetzes dies generell verbietet (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 23. Februar 2006 – 3 C 14.05 – NJW 2006, 2134 m. w. N.; Verwaltungsgericht Freiburg, Urteil vom 15. März 2007 – 4 K 2339/05) und der größte deutsche Dachverband für Hundezucht und Hundesport, der Verband für das Deutsche Hundewesen (VDH) e. V., dies auf seinen Hundepätzen seit 2004 untersagt hat, und wird die Bundesregierung den Einsatz solcher Elektroreizgeräte beim KSK nun rasch unterbinden, zumal dies in § 17 des Tierschutzgesetzes mit Bußgeld oder Freiheitsstrafe bedroht ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

58. Abgeordnete  
**Katja  
Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Statistischen Bundesamtes und des Normenkontrollrats zu den Kosten, die auf die Kommunen durch die Einführung des Betreuungsgeldes zukommen, obwohl uns am 4. Juli 2012 von Seiten der Bundesregierung keine Aussagen darüber gemacht werden konnten, ob und in welcher Höhe überhaupt Kosten anfallen werden?
59. Abgeordnete  
**Katja  
Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum beabsichtigt die Bundesregierung, den Ländern erst im Jahr 2014 einmalig 37,5 Mio. Euro und ab 2015 dauerhaft jährlich 75 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen, obwohl dies nicht den Vereinbarungen mit den Ländern entspricht, und glaubt die Bundesregierung, dass zusätzliche Betriebskosten für die neu geschaffenen Kita-Plätze erst ein Jahr nach dem Stichtag, an dem diese Plätze zur Verfügung stehen sollen, anfallen, nämlich ab Mitte 2014?
60. Abgeordnete  
**Britta  
Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Kommunen bei dem vom Normenkontrollrat als nicht unerheblich bezifferten Erfüllungsaufwand bei einer möglichen Einführung des Betreuungsgeldes einen finanziellen Ausgleich zu gewähren?
61. Abgeordnete  
**Britta  
Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung das erklärte Ziel der zusätzlichen Finanzhilfen des Bundes, nämlich die Ausbaudynamik für die benötigten 30 000 zusätzlichen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu beschleunigen, erreichen, wenn sie den Abfluss der Mittel an Bedingungen knüpft, die die Länder gar nicht erfüllen können, z. B. die rückwirkende Berichtspflicht der Länder?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung**

62. Abgeordneter  
**Florian  
Pronold**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des bayrischen Umweltministers Marcel Huber in Bezug auf die Studie „Das bessere Donaukonzept“ zum Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen: „Die Studie hat eindringlich herausgearbeitet, dass dieser Ausbau einen so massiven Eingriff in die Natur und Verschlechterungen für diesen Flussabschnitt zur Folge hätte, dass meine Konsequenz daraus ist: Die sogenannte Ausbauvariante C280 mit dem Seitenkanal und der Staustufe an der Mühlhamer Schleife ist keine Option für mich“ (Süddeutsche Zeitung vom 11. Oktober 2012)?
63. Abgeordneter  
**Florian  
Pronold**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihre Haltung zum Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen dahingehend zu verändern, dass sie einen weiteren Ausbau durch einen Seitenkanal und Staustufen ausschließt?
64. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie definiert die Bundesregierung „Stau auf einer Bundesautobahn“, und welche unterschiedlichen Definitionen der Bundesländer von „Stau auf einer Bundesautobahn“ sind der Bundesregierung bekannt?
65. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erfasst die Bundesregierung Staus auf Autobahnen statistisch angesichts der Aussage, dass „eine bundesweit einheitliche Staubeschreibung und Stauerfassung“ bisher nicht festgelegt sind (Bayern, Landtagsdrucksache 16/13434), und inwiefern hält die Bundesregierung eine bundesweit einheitliche Definition von Stau für erforderlich?
66. Abgeordneter  
**Kai  
Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Organisationen und Interessengruppen auch von studentischer Seite sollen zu dem vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, vorgeschlagenen Runden Tisch zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende, der noch nicht terminiert ist, eingeladen werden, und mit welchen eigenen Initiativen auch finanzieller Art und Vorschlägen über bloße Appelle oder Vorwürfe an die Adresse der Länder, sie seien für den Wohnungsmarkt zuständig, auf der Anklagebank sitze aber der „Bundesbau-

minister“ und nicht ein Landesminister (siehe „Ramsauer will Studenten kasernieren“, erschienen in der FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 17. Oktober 2012) hinaus werden der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Bundesregierung den Runden Tisch zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende zum Erfolg führen?



